

Protokoll

der öffentlichen Sitzung
des Schulausschusses

Sitzungsdatum: 9. August 2012
Sitzungsort: Hamburg, im Rathaus, Raum 151
Sitzungsdauer: 17:06 Uhr bis 19:50 Uhr
Vorsitz: Abg. Dr. Walter Scheuerl (CDU)
Schriftführung: Abg. Lars Holster (SPD)
Sachbearbeitung: Michael Giß

Tagesordnung:

1. Drs. 20/1716 Inklusion an Hamburger Schulen
(Große Anfrage GAL)

zusammen mit

Drs. 20/1945 Umsetzung von § 12 des Hamburgischen Schulgesetzes (HmbSG)
auf der Grundlage des Übereinkommens über die Rechte von
Menschen mit Behinderungen
(Antrag CDU)

und

Drs. 20/2246 Haushalt 2011/2012, Einzelplan 3.1 - Inklusion an Hamburger
Schulen gestalten
(Antrag GAL)
2. Drs. 20/3984 Bessere Förderung und Betreuung für minderjährige unbegleitete
Flüchtlinge
(Antrag FDP)
3. Verschiedenes

Anwesende:

I. Ausschussmitglieder

Abg. Ulrike Hanneken-Deckert (SPD)
Abg. Robert Heinemann (CDU)
Abg. Dora Heyenn (Fraktion DIE LINKE)
Abg. Lars Holster (SPD)
Abg. Hildegard Jürgens (SPD)
Abg. Gerhard Lein (SPD)
Abg. Karin Prien (CDU)
Abg. Andrea Rugbarth (SPD)
Abg. Dr. Walter Scheuerl (CDU)
Abg. Olaf Steinbiß (i. V.) (SPD)
Abg. Dr. Stefanie von Berg (GAL)
Abg. Anna-Elisabeth von Treuenfels (FDP)
Abg. Frank Wiesner (i. V.) (SPD)

II. Ständige Vertreterinnen und Vertreter

Abg. Kazim Abaci (SPD)

III. Weitere Abgeordnete

Abg. Finn-Ole Ritter (FDP)

IV. Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter

Behörde für Schule und Berufsbildung

Herr Senator Ties Rabe
Herr Staatsrat Dr. Michael Voges
Herr SD Norbert Rosenboom
Herr OSR Dr. Uwe Heinrichs
Frau RD'in Anke Pörksen
Frau OSR'in Dr. Angela Schillhorn-Ehlers
Herr Wiss. Ang. Dr. Hans-Werner Fuchs
Herr OSR Dr. Alfred Lumpe
Herr Wiss. Ang. Andreas Heintze
Herr Wiss. Ang. Andreas Kuschnereit
Herr OSR Adalbert Helfberend
Frau Wiss. Ang. Nicole Schuback
Herr Regierungsamtmann Matthias Bierkarre

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Herr Wiss. Ang. Michael Schrader

V. Teilnehmer der Bürgerschaftskanzlei

Michael Giß

VI. Vertreterinnen und Vertreter der Öffentlichkeit
20 Personen

Zu TOP 1

Keine Niederschrift, siehe Bericht an die Bürgerschaft.

Zu TOP 2

Keine Niederschrift, siehe Bericht an die Bürgerschaft.

Zu TOP 3

Im Ausschuss bestand Einvernehmen darüber, für die Tagesordnung der Sitzung am 30. August 2012 die Beratungen über den Haushaltsplan-Entwurf 2013/2014, Drucksache 20/4578, sowie den Haushaltsverlauf 2012 vorzusehen.

Die SPD-Abgeordneten beantragten sodann, eine Selbstbefassung gemäß Paragraf 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft zum Thema „Individualisierter und kompetenzorientierter Unterricht“ zu beschließen.

Der Ausschuss beschloss dies einstimmig.

Die CDU-Abgeordneten stellten fest, es müsse noch ein Termin für die öffentliche Anhörung zum Thema „GBS“ im Rahmen der Selbstbefassung und der Drucksache 20/2501 in gemeinsamer Sitzung mit dem Familien-, Kinder- und Jugendausschuss gefunden werden, und schlugen vor, die Anhörung kurz vor den Herbstferien durchzuführen, wenn die Schulen bereits erste Erfahrungen in der Umsetzung gesammelt haben. Die nächste planmäßige Sitzung des Schulausschusses nach den Haushaltsberatungen sei erst am 13. November 2012 vorgesehen, daher sei dem Vorsitzenden des Familien-, Kinder- und Jugendausschusses vorgeschlagen worden, hierfür die für diesen Ausschuss am 25. September 2012 geplante Sitzung zu nutzen. Eine Rückmeldung hierzu stehe noch aus.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter merkten an, dass am 25. September 2012 ein Ersatztermin für die Beratungen im Haushaltsausschuss terminiert sei.

Die SPD-Abgeordneten sprachen sich gegen einen zusätzlichen Termin für den Schulausschuss aus und präferierten als Termin für die öffentliche Anhörung insofern die Sitzung am 13. November 2012.

Die CDU-Abgeordneten stellten fest, dass ohnedies einer der beiden betroffenen Ausschüsse einen zusätzlichen Termin wahrnehmen müsse.

Die GAL-Abgeordnete merkte an, dass sie den Ersatztermin für die Haushaltsberatungen im Haushaltsausschuss für wichtiger halte als eine öffentliche Anhörung zum Thema „GBS“. Sie legte Wert darauf, dass ein Termin für eine öffentliche Anhörung nicht kurzfristig anzuberaumen sei.

Die CDU-Abgeordneten stellten fest, dass sie ebenfalls eine langfristige Planung für eine öffentliche Anhörung bevorzugten. Sie schlugen vor, zunächst auf die Rückmeldung vonseiten des Familien-, Kinder- und Jugendausschusses zu warten und erst anschließend eine abschließende Entscheidung über die Terminierung der Anhörung herbeizuführen.

Dr. Walter Scheuerl (CDU)
(Vorsitz)

Lars Holster (SPD)
(Schriftführung)

Michael Giß
(Sachbearbeitung)